

(Vizepräsident Lipinski.)

(A) vor der Revolution die Änderung des Kommunalwahlrechts abgelehnt, das auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte.

(Zuruf.)

Das sind alles Fragen der Demokratie, und wenn Sie sagen, daß durch die Entwicklung die Revolution nicht notwendig gewesen wäre, dann ist die Frage berechtigt: Was haben Sie getan, um der Revolution vorzubeugen, obgleich Sie erkennen mußten, wohin die Fahrt ging? So unschuldige Kinder sind Sie nicht im politischen Leben, daß Sie nicht dasselbe erkennen könnten, was der General v. Gehbattel, der Vorsitzende der Vaterlandspartei, bereits im Jahre 1915 erkannt hatte. Er hat an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg einen Brief geschrieben, in dem er dringend bat, ein Kriegsziel der Eroberung festzustellen, denn wenn der Krieg zuungunsten Deutschlands ausfalle, sei es mit der alten Staatsform vorbei. Das hat er bereits 1915 gesagt. Sie sollten nicht erkannt haben, daß der Krieg die politische Katastrophe nach sich ziehe? Dann wären Sie außerordentlich schlechte Politiker gewesen.

Wenn Sie sagen, daß die Volksrechte auf organischem Wege ohne Revolution erreicht werden konnten, dann haben Sie eine Pflichtvergessenheit bewiesen, daß Sie in der Zeit, wo Sie die Macht hatten, diese Volksrechte nicht durchgeführt haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Nun ist viel von Ordnung und Ruhe die Rede. Die Ordnung und Ruhe, die Sie erstreben, hat bereits Karl Marx vor 50 Jahren geheißen als die Ordnung und Ruhe der Ausbeutungsfreiheit. Die Freiheit, die Sie erstreben nach Ihrem demokratischen Programm, ist die Freiheit der ungestörten Ausbeutung.

Meine Herren! Also nicht die Demokratie im bürgerlichen Sinne, sondern die Demokratie als Ergebnis des Sozialismus vertreten wir.

Nun hat der Herr Ministerpräsident Gradnauer in seiner Erklärung ja wiederholt, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß Bürgerliche mit in die Regierung eintreten müßten. Damit stellt er sich auf den Boden der bürgerlichen Demokratie, und er beachtet dabei gar nicht, daß die Vorgänge in der Nationalversammlung ihn doch eigentlich abschrecken müßten, den Weg zu gehen.

Auch das Verlangen, die Volkskammerwahlen mit den Nationalwahlen zu verkoppeln, war ein Bemühen, um recht schnell eine Täuschung der Wähler herbeizuführen. Ich bin auf das heftigste angegriffen worden, als ich aus rein sachlichen Erwägungen als Minister es abgelehnt habe, die Wahlen an einem Tage stattfinden

zu lassen. Man hat gesagt, das tue ich bloß deshalb, weil die Unabhängige Partei noch nicht in der Lage sei, Kandidaten aufzustellen. Für die Herren, die das so eilig hatten, mußte das Wahlgesetz besonders geändert werden, die Einreichungsfrist für die Kandidaten mußte verschoben werden, weil im Leipziger Wahlkreis sowohl die Deutschnationale Volkspartei wie auch die Sozialdemokratische es übersehen hatte, bis zum 14. Januar ihre Wahlvorschläge beim Wahlkommissar einzureichen.

Auch wir erkennen die persönliche Freiheit als Notwendigkeit an; wir erkennen sie an als notwendige Vorstufe für den Sozialismus. Aber wenn wir das anerkennen, dann bleiben wir nicht bei Halbheiten stehen, sondern wir verlangen die völlige Durchführung der Demokratie, namentlich in der Verwaltung. Der Verwaltungsapparat in der Gemeinde und im Staate muß vollständig umgestellt werden. Keine Geheimratspolitik! Wir wollen alle fähigen und tüchtigen Kräfte auch für die Zukunft mobil machen. Wir wollen aber nicht, daß die bisher herrschende Auffassung, daß nur die Geheimräte befähigt seien, die Geschicke der Gemeinden und des Staates zu lenken, dauernd Geltung habe. Wir wollen volle Mitwirkung des Volkes in allen Verwaltungszweigen. Wir wollen nicht nur Selbstverwaltung, sondern auch Selbstständigkeit der Gemeinde. Wir wollen diese Selbstständigkeit nur soweit beschränkt wissen, als die Freiheit der Gemeinde im Widerspruch steht zum Gesamtinteresse des Volkes.

Wir wollen auch keine Bevormundung durch die Behörde und vor allem keine Verschleppungspolitik. Ich habe schon bei der Beratung über die Gemeindeanträge auseinandergesetzt, daß es ein schwerer Fehler war, die Neuordnung der Wahlen der nichtberufsmäßigen Gemeindevorstände, der Gemeindeältesten und der unbesoldeten Stadträte hinauszuschieben. Der Herr Ministerialdirektor Schulze hat ja in Aussicht gestellt, daß ein solches Gesetz bis Ende dieses Jahres geschaffen werde, daß aber das Ministerium dort, wo unleidliche Zustände vorhanden sind, eine Änderung eintreten lassen könne. Das ist ein ungenügender Behelf. Wir wünschen, daß durch ein Gesetz diese Unstimmigkeit in der Verwaltung beseitigt wird und daß die Demokratie sowohl in dem Gemeindefollegium wie in der Gemeindebehörde zum Ausdruck kommt.

Wir verlangen, daß der Reaktion kein Vorschub geleistet wird. Vorschub wird aber geleistet, wenn man die Bestimmungen, die ich erwähnte, einfach aufrecht erhält. Die Herren von dem Gemeindevertretertag haben ja der Regierung glaubhaft gemacht, daß die Umstellung nicht so schnell gehe. Aber ich kann mir